

Kitas sollen günstiger werden – wer dafür bezahlt

Mit einer Volksinitiative will die SP die Kosten senken. Tief in die Tasche greifen soll der Bund.

bz Region Basel, 6.7.2023

Maja Briner

Die nötigen Unterschriften sind zusammen: 105 000 Bürgerinnen und Bürger haben die Kita-Initiative unterschrieben. Am Mittwoch hat eine Allianz um die SP die Unterschriften eingereicht. Die Volksinitiative will die Kosten für Kitas und Tageschulen senken. Das soll die Gleichstellung stärken und dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken.

Was fordert die Initiative konkret?

Erstens sollen die Kantone dafür sorgen, dass es ein «ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot» an familienergänzender Betreuung gibt, also an Kitas und Tagesschulen. Zweitens sollen die Arbeitsbedingungen für die Betreuungspersonen verbessert werden. Drittens soll die Finanzierung neu geregelt werden: Der Bund soll zwei Drittel der Kosten tragen – das wäre ein

Paradigmenwechsel. Für die Eltern dürften die Kosten maximal 10 Prozent des Einkommens ausmachen.

Das Angebot an Kitas ist gewachsen. Reicht das nicht?

«Vieles hat sich verbessert, vieles liegt nach wie vor im Argen», sagt Rosmarie Quadranti, ehemalige BDP-Nationalrätin und Mitglied des Unterstützungskomitees der Initiative. Neben Lücken im Angebot etwa in ländlichen Gebieten sind nach Ansicht der Initianten vor allem die Kosten ein Problem: Für viele seien diese so hoch, dass sich die Erwerbsarbeit kaum oder gar nicht rechne.

Wie viel würde die Initiative den Bund kosten?

Das lasse sich nicht sagen, weil die Datengrundlage fehle, sagen die Initianten. Volkswirtschaftlich lohne sich die Investition, argumentieren sie mit Verweis auf Studien. Wenn Frauen mehr

arbeiten, erhöhen sich unter anderem die Steuereinnahmen. «Der Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung trägt zum Wohlstand der gesamten Schweiz bei», sagt GLP-Nationalrat Roland Fischer. Gemäss Studie von BAK Economics würde das Bruttoinlandprodukt um rund 0,5 Prozent – etwa 3,25 Milliarden Franken – steigen, wenn der Staat 21 000 Kita-Plätze schaffen und die Elternbeiträge senken würde.

Wer steht hinter der Initiative?

Federführend ist die SP. Die Unterstützung reicht bis in Teile der politischen Mitte: Im Unterstützungskomitee dabei sind etwa Mitte-Nationalrat Martin Landolt und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy. Ob GLP und Mitte die Initiative unterstützen, ist noch nicht entschieden.

Kibesuisse unterstützt die Initiative nicht. Weshalb?

Dieser Positionsbezug überrascht: Ausgerechnet der Verband Kinderbetreuung Schweiz (Kibesuisse) entschied, sich nicht aktiv im Initiativkomitee zu beteiligen. Kibesuisse begrüsse das Grundanliegen der Initiative, sagt Sprecher Maximiliano Wepfer. Die konkrete Ausgestaltung schenke der ganzheitlichen Weiterentwicklung der Branche jedoch zu wenig Beachtung. Insbesondere der Bildungsauftrag, den die familienergänzende Betreuung übernehme, werde vernachlässigt, bemängelt Kibesuisse. «Der Ausbau der Betreuungsplätze und der Ausbau der Qualität sind zwei Säulen, die aufeinander abgestützt sind: Beide müssen gleichzeitig gestärkt werden», sagt Wepfer.

Was plant das Parlament genau?

Das Parlament hat bereits eine Kita-Vorlage aufgelegt, um die Kosten für die Eltern zu reduzie-

ren. Der Nationalrat sprach sich schon dafür aus, diese Woche beugt sich die zuständige Kommission des Ständerats darüber. Knackpunkt sind die Kosten von über 700 Millionen Franken pro Jahr. Zudem liegt die familienergänzende Kinderbetreuung eigentlich in der Kompetenz der Kantone.

Wird die Initiative wegen der Kita-Vorlage zurückgezogen?

Nach Ansicht der Initianten wird die Kita-Initiative dadurch beileibe nicht überflüssig. «Wir begrüssen natürlich jeden Schritt in die richtige Richtung», sagt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. Die Initiative wolle aber ein Recht etablieren, dass alle – unabhängig von den finanziellen Verhältnissen – Zugang zu familienergänzender Betreuung haben, und die Arbeitsbedingungen verbessern. «Wir sind sehr skeptisch, ob die Vorlage im Parlament diesem Anspruch gerecht werden wird.»